

offener Leserbrief an die Leipziger Volkszeitung – Leipzig, 25.09.2009

Sehr geehrter Herr Hilder, sehr geehrter Herr Döring, sehr geehrter Herr Stäubert,

Ihr Artikel vom 24.09.2009 „Behörde in Blockadeplan involviert“ ruft bei uns (Solveig Prass / Geschäftsführerin EBI Sachsen e.V. und Anja Michael / Geschäftsführerin Stadtjugendring Leipzig e.V. für den Vorstand), großes Befremden hervor.

Zur Zeit sind wir aktiv im Bündnis „17.10.2009“ engagiert. Unsere Namen stehen für Demokratie, interkulturellen Austausch, Toleranz und Gewaltfreiheit. Mit Ihrem Artikel diskreditieren Sie uns und unsere Arbeit für Leipzig.

Wir sind erstaunt, über die schlechte Recherche nicht nur zum Bündnis „17.10.2009“, sondern auch in Richtung der Demonstrationsanmelder. Vielleicht hilft es Ihnen, wenn wir Ihnen mitteilen, was in einem Werbevideo der freien Kräfte als Aufruf zu ihrer Demo zu sehen ist. In diesem Film werden sämtliche Grundwerte, auf denen unsere Gesellschaft beruht, in Frage gestellt. Dieser Film ist verfassungsfeindlich, demokratiefeindlich, menschenverachtend, volksverhetzend, antisemitisch, homophob und diffamiert Personen öffentlichen Interesses, wie zum Beispiel die Bundeskanzlerin Angela Merkel und den US-Präsidenten Barak Obama. Hätten Sie Kenntnis von diesem Film gehabt, hätten Sie wahrscheinlich einen ganz anderen Artikel veröffentlicht und verstanden, warum alle Bürger dieser Stadt sich solch einer Demo widersetzen sollten – wie es Berit Lahm und die Akteure des Bündnisses zum „17.10.2009“ tun. Solch einer menschenverachtenden Demo muss sich jeder Bürger widersetzen, der in einer freien, demokratischen Gesellschaft leben möchte. Ihr Artikel suggeriert, dass das Bündnis „17.10.2009“ illegale Aktionen vorbereitet, insbesondere beziehen Sie sich auf Blockadeformen, die demokratischem Verhalten entgegenstehen würden.

Dr. Albrecht Schröter (Oberbürgermeister von Jena/SPD) äußert sich in dem Buch "Das Buch gegen Nazis", zum Thema bürgerschaftliches Engagement wie folgt: "Nach allem, was die deutsche Geschichte gelehrt hat, sehe ich das sogar als eine Bürgerpflicht. Es wäre eine Verhöhnung der Naziopfer, einen Neonazi-Aufmarsch einfach zuzulassen."

Er geht sogar einen Schritt weiter: "Zumindest (sind gewaltfreie Blockaden) legitim, wenn dabei nicht gravierend gegen Recht und Gesetz verstoßen wird. Juristisch ist das natürlich eine Gratwanderung. Doch wenn zum Ausdruck kommt, dass die Blockade eine friedliche Willensbekundung sogar von vielen Bürgern ist - und möglichst von viel mehr Menschen als auf Neonazi-Seite -, dann wird ein kluger Einsatzleiter anerkennen, dass hier Bürgerwille zum Ausdruck kommt. Und er wird dies respektieren, wenn es dem Gesetz über die Versammlungsfreiheit nicht widerspricht, wenn also die Demonstranten zum Beispiel unbewaffnet und nicht uniformiert sind". (Nachzulesen in "Das Buch gegen Nazis" Kiepenheuer & Witsch, 2009, S. 172f.)

Bisher glaubten wir, in Kenntnis der Tradition der LVZ, von Ihnen Unterstützung zu erhalten, statt unterschwellig kriminalisiert zu werden. Für die Zukunft wünschen wir uns einen offenen und journalistisch sauberen Umgang bei diesen Themen. Bitte reduzieren Sie bürgerliches Engagement nicht auf ordnungspolitische Einzelpunkte.

Mit freundlichen Grüßen

Solveig Prass
Geschäftsführerin für die EBI Sachsen e.V.

Anja Michael
Geschäftsführerin des Stadtjugendring Leipzig e.V. für den Vorstand